

Speech

Kiel, 15.02.2019

Pressesprecher Per Dittrich, Tel. (04 31) 988 13 83

SSW im Landtag

Düsternbrooker Weg 70
24105 Kiel

Tel. (04 31) 988 13 80
Fax (04 31) 988 13 82

Norderstraße 76
24939 Flensburg

Tel. (04 61) 144 08 300
Fax (04 61) 155 08 305

E-Mail: info@ssw.de

Die Jugend will keine Amnestie - sie will Veränderungen!

Jette Waldinger-Thiering zu TOP 11+24 - Landesstrategie Bildung für nachhaltige Entwicklung und Antrag zu #FridaysForFuture als gelebte politische Bildung (Drs. 19/1155, 19/1234(neu))

„Die Jugendlichen erwarten, dass wir ihnen zeigen, wie wir den Klimawandel stoppen wollen!“

(Nr. 054-2019) Gerade als Lehrerin freut es mich, ganze Schulklassen zu sehen, die in Flensburg, Rendsburg, oder Kiel auf die Straße gehen und laut demonstrieren oder freitags vor dem Landeshaus stehen, um ein klares Zeichen für ihre Zukunft zu setzen. In meinen Augen ist das eine couragierte Jugend, die selbstbewusst fordert, was eine Selbstverständlichkeit sein sollte. Ihr Recht auf ein intaktes Klima und eine bewohnbare Erde.

Und deswegen habe ich mich schon früh erfreut darüber geäußert, dass ganze Schulklassen zusammen und mit Billigung der Schulleitungen demonstrieren gehen. Das war auch ein offenes Zeichen gegen einen aufkommenden Sanktionsdruck.

Unser dänischer Schulverein hat sich respektvoll und anerkennend den streikenden Schülerinnen und Schülern gegenüber ausgesprochen. Sie sind darin bestätigt worden, sich in die Gesellschaft einzubringen, Forderungen aufzustellen und sich für eine bessere Welt einzusetzen.



Ich finde, dass es große qualitative Unterschiede gibt bei unentschuldigtem Fehlen.

Wir haben hier ja aber kein Absentismusproblem. Es ist für mich etwas anderes, ob Fehlen aufgrund von Bequemlichkeiten oder Urlaubsbuchungen zustande kommen, oder ob sie zustande kommen, weil Schülerinnen und Schüler um ihre lebenswerte Zukunft fürchten.

Die Schülervertretungen haben nicht nur von sich aus Vorschläge gemacht, wie Fehlen vermieden werden können – beispielsweise mit Anwesenheitslisten bei den Demos –, sie haben außerdem die Schulen aufgefordert, sich bei der Organisation des Transportes einzubringen und Klima- und Umweltpolitik verstärkt im Unterricht zu behandeln. Und dass die Schülerinnen und Schüler bei Klausuren oder an Tagen, an denen Projektaufgaben präsentiert werden, im Unterricht sein müssen, das ist doch vollkommen klar. Das zu hören, war für mich ein riesengroßer Grund zur Freude. Denn interdisziplinäres Lernen lässt sich gar nicht besser umsetzen, als das Schülerinnen und Schüler gemeinsam mit den Lehrkräften auf die Demos gehen und die Thematik fächerübergreifend vor- und nachbereiten. Und ich habe vollstes Vertrauen in unsere Schulen, dass sie die geltende Schulpflicht und das große Engagement ihrer Schülerinnen und Schüler in Einklang miteinander bringen können.

Die Jugendlichen erwarten nicht von uns, dass wir ihnen Lösungen für Fehlen präsentieren. Sie erwarten von uns, dass wir ihnen zeigen, was wir in Schleswig-Holstein dazu beitragen, den Klimawandel zu stoppen. Und das völlig zurecht.

Für mich geht es darum, die jungen Leute, die sich so vehement für ihre Zukunft einsetzen, ernst zu nehmen und sie vorbehaltlos zu unterstützen. Wir haben deswegen im Gespräch mit unserer Jugendorganisation SSW-U aufgezeigt, welche Möglichkeiten wir auf Landesebene sehen, die Umweltpolitik voranzubringen. Da bleibt der Ausbau des öffentlichen und des Schienenpersonennahverkehrs gemeinsam mit der Förderung der E-Mobilität. Mit Fortschritten in der Windenergie und Solartechnik kommen wir außerdem landesweit mit der Gewinnung nachhaltiger Energie voran. Und wir haben ihnen auch erklärt, warum wir die Änderungen des Tariftreue- und Vergabegesetzes der Jamaika-Koalition für einen fatalen Fehler halten. Weil die Jamaika-Regierung beschlossen hat, dass Bestimmungen aus dem Gesetz entfernt wurden, die zwingend vorgeschrieben haben, dass bei öffentlichen Aufträgen gewisse Umwelt- und Nachhaltigkeitskriterien einzuhalten und zu überprüfen sind.

Der Oberbürgermeister der Stadt Kiel ließ nun über die sozialen Medien um ein Treffen mit Jugendlichen von „Fridays for Future“ bitten und die Regierungsfaktionen sind heute mit einer Vertretung der Bewegung verabredet. Ich hoffe sehr, dass aus diesen Treffen auch Taten folgen. Denn die Demonstrationen und Kundgebungen, die teilweise schon den Charakter von Mahnwachen haben, sind kein Freizeitvergnügen für die



Jugendlichen. Sie stehen sich stundenlang bei Minusgraden die Beine in den Bauch, nehmen Angriffe in sozialen Medien in Kauf, verteidigen ihre Strategie in Talkshows und streiten sich gegebenenfalls mit Eltern, Lehrkräften und Abgeordneten. Was sie von politischer Seite wirklich brauchen, sind handfeste Fortschritte gegen den menschengemachten Klimawandel und deutlich unterstützende Signale. Das wollen wir mit unserem gemeinsamen Antrag mit der SPD zeigen.

Kein „Streik“ in Anführungszeichen gesetzt, kein erhobener Zeigefinger mit dem Hinweis auf Konsequenzen und schon gar nicht die Drohgebärde der Bußgelder an die Eltern.

